

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Egon Susset, Meinolf Michels, Peter Bleser, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Albert Deß, Wilhelm Dietzel, Gottfried Haschke (Großhennersdorf), Siegfried Hornung, Ulrich Junghanns, Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz), Helmut Lamp, Günter Marten, Dr. Gerd Müller, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Max Straubinger und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Günther Bredehorn, Ulrich Heinrich und der Fraktion der F.D.P.

Aussagen der Studie „Gesamtwirtschaftliche Bewertung der gegenwärtigen Produktion und der Anwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln unter der Berücksichtigung externer Effekte“

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse kann die Bundesregierung als Auftraggeber aus der Untersuchung ziehen?

2. Ist die Einschätzung der o. g. Studie richtig, daß der Nutzen des chemischen Pflanzenschutzes für die Landwirtschaft deutlich geringer ist, als dies bisher in den einschlägigen Untersuchungen zum Ausdruck gebracht wird?

Teilt die Bundesregierung diese Auffassung, und wenn nein, wie bewertet sie den quantitativen und qualitativen Nutzen des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln?

3. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die externen Kosten ein, die aus der Belastung des Trinkwassers resultieren?

Wie realistisch sind die Ergebnisse des von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Gutachtens (Economic Efficiency Calculations in Conjunction with the Drinking Water Directive; Directive 80/778/EEC; Part III: The Parameter for Pesticides and Related Products. Final report for the European Commission, DG XI, Dortmund)?

Ist es dort richtig, von Kosten in Höhe von 0.03 ECU pro Kubikmeter auszugehen, um den Trinkwasser-Grenzwert für Pflanzenschutzmittel einzuhalten, und zu schätzen, daß bei rund 15 Prozent des Rohwassers (ca. 1 Mrd. Kubikmeter) in Deutschland pro Jahr mit Grenzwertüberschreitungen zu rechnen ist?

4. Wie bewertet die Bundesregierung die Untersuchung über die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Trinkwasser-Richtlinie, die das Institut für Umweltschutz der Universität Dortmund (INFU) im Auftrag der Kommission in Brüssel erstellt hat?

5. Ist die Aussage der o. g. Studie richtig, daß Pflanzenschutzmittel für den Artenrückgang mitverantwortlich sind?

Ist der Bundesregierung bekannt, ob in Deutschland Arten durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ausgestorben oder gefährdet sind?

6. Trifft es zu – wie in der o. g. Studie ausgesagt – daß Pflanzenschutzmittel für akute und chronische Gesundheitsschäden verantwortlich sind?

Sind der Bundesregierung für Deutschland solche Gesundheitsschäden, insbesondere Krebserkrankungen, bei sachgerechter Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, bekannt, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um dies zu vermeiden?

Bonn, den 24. März 1998

Egon Susset

Meinolf Michels

Peter Bleser

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)

Albert Deß

Wilhelm Dietzel

Gottfried Haschke (Großhennersdorf)

Siegfried Hornung

Ulrich Junghanns

Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)

Helmut Lamp

Günter Marten

Dr. Gerd Müller

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr

Max Straubinger

Dr. Wolfgang Schäuble und Fraktion

Günther Bredehorn, Ulrich Heinrich

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion